

**Bauarbeiten.**  
 ... und Demnächst  
 ... Zimmer-  
 ... Gipser-  
 ... Maler-  
 ... Arbeiten;  
 ... Aborteinrich-  
 ... Abteilungen  
 ... Maschinenberechnungen  
 ... Samstag, den 30. Juni  
 ... der Wohnung des Herrn  
 ... zur Einsicht auf, Eben-  
 ... Montag, den 4. Juli  
 ... stragte Architekt:  
 ... Gebhardt  
 ... und D. W. B.  
 ... Kronprinzenstr. 20  
 ... sprecher 1620.  
 ... Verkauf.  
 ... verkauft im Geb-  
 ... uhl. Schwaben Faren.  
 ... ern des Lebensgewinns  
 ... nachmittags 5 Uhr, als  
 ... Juni 1921.  
 ... theigenamt: Müller.  
 ... Anfang Juli zur  
 ... n Mark  
 ... chere Teil-  
 ... ungen der  
 ... n Stuttgart  
 ... en  
 ... hußbank  
 ... chessel  
 ... hiffe  
 ... 11 g bei  
 ... gelter,  
 ... Calw.  
 ... telefon 178.  
 ... 29. Juni 1921,  
 ... ab, steht in un-  
 ... Löwen  
 ... ort  
 ... hochtrachtige  
 ... Rabinnen,  
 ... Milchkühe,  
 ... Schaffkühe,  
 ... auf- und Tausch-  
 ... laden.  
 ... Salomon  
 ... Löwengart.  
 ... ort befindet sich  
 ... Rabinnen.



**Oberschlesien. — Orientfrage.**

Der innerpolitische Konflikt, der durch die Ermordung des Unabhängigen Garels und die daraus hervorgehende Interpellation im Reichstag und bayerischen Landtag zum offenen Ausbruch zu gelangen drohte, hat sich etwas gelegt, obwohl zu befürchten ist, daß er anlässlich der Verhandlungen über die neuen Steuern wieder von neuem aufflammt. Es sollte deshalb heute schon mit allen Mitteln seitens der ruhigsten Elemente aller Parteien, denen die Existenz unseres Vaterlandes höher steht als Parteinteressen, darauf hingewirkt werden, daß dieser Kampf sachlich und von höheren Gesichtspunkten als denjenigen des Nur-Egoismus geführt wird. Wir müssen immer daran denken, daß die Existenz unseres Volkes davon abhängt, inwieweit wir als nationale Gesamtmacht, zur Zeit allerdings nur geistig und moralisch, in der Lage sind, den andauernden offenen und versteckten Bestrebungen unserer Feinde die deutsche Einheit durch militärischen und politischen Druck sowie durch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zu sichern, entgegenzutreten. Wenn wir und diese klar in Erscheinung tretende Absicht immer vor Augen halten, dann muß sich von selbst eine Dämpfung der inneren Kampfstimmung einstellen, und die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen werden einen Charakter annehmen, der nicht darauf berechnet ist, die Gegensätze zu verschärfen. Auf eine Verschärfung der Gegensätze in unserem Volke warten nämlich unsere Feinde, und arbeiten auch durch eine gefälschte Pressearbeit darauf hin, denn ein Bürgerkrieg oder die Diktatur einer Klasse würde ihnen den dauernd gewünschten Anlaß zum Eingreifen, vielleicht auch zu einer „Vermittlung“ im Sinne der Trennung der deutschen Volkshämme geben.

Die Absichten unserer Feinde gegen die Existenz des deutschen Volkes werden systematisch im Westen und Osten verfolgt. Nicht nur, daß die Franzosen unter Duldung ihrer Verbündeten eine großartige „Kultur“-Propaganda im Rheinland zur Einführung der französischen Sprache führen, das Saargebiet mit Gewalt französisieren wird, auch im Osten will man weiteres deutsches Kulturland an rauben, und gleichzeitig durch die Wegnahme des ober-schlesischen Industriegebietes das gesamte deutsche Wirtschaftsleben durch den Entzug der eigenen Kohlenversorgung vom Ausland abhängig, bzw. kulturenzunfähig gegenüber seinen Feinden machen. So hat die ober-schlesische Frage, deren „Lösung“ jetzt vor der Entscheidung stehen soll, für uns eine eminent nationale Bedeutung, und wir dürfen nicht verschmähen, darauf hinzuweisen, daß die Entscheidung, abgesehen von der äußeren Gesamtlage, wie sie die Entente gegenwärtig betrachtet, viel davon abhängt, wie man in Paris und London die Wirkung einer für uns ungünstigen Entscheidung einschätzt. Deshalb ist eine unerwiderlich feste Einheitsfront nach außen hin notwendig. Die Umrisse der beabsichtigten Entscheidung sind schon von der Entente-Pressen angebeutet worden. Man will das Industriegebiet entweder „neutralisieren“, d. h. unter die Kontrolle der Entente stellen, oder aber Polen zusprechen, und Deutschland das Ausbeutungsrecht zugestehen. Letztere Lösung hätte aber natürlich einen sehr problematischen Wert für Deutschland, denn bei jeder politischen Krise würden die Polen selbstverständlich das Kohlengebiet sperren, und auch vom Standpunkt der Verwaltung würde dieses Verhältnis im Hinblick auf die ausgesprochene Deutschfeindschaft der Polen auf die Dauer nicht erträglich sein. Beide Lösungen würden übrigens den Bestimmungen des Versailler Vertrags strikte zuwiderlaufen, was nicht genug betont werden kann.

Nachdem der polnisch-französische Plan der gewaltsamen Besetzung des ober-schlesischen Industriegebietes nicht ganz gelungen ist, will man anscheinend die oben genannten „Rechts“-Entscheidungen in Erwägung ziehen. Inwieweit diese, die wie gesagt, beide uns aufs schwerste national und wirtschaftlich schädigen würden, überhaupt zur Geltung gelangen würden, kann heute noch nicht gesagt werden, denn die Polen ziehen sich wohl scheinbar zurück, bleiben aber organisiert und bewaffnet an der Grenze stehen, während sich der deutsche Selbstschutz nach seinem Rückzug auflösen muß. Die Entente legt nämlich ihre ganze Macht ein, diesen Selbstschutz aufzulösen. Wie haben aus dem am Montag veröffentlichten Geheimbericht des Kommandeurs der alliierten Truppen, des Franzosen Lerond, gesehen, welche Heidenangst man vor dem deutschen Selbstschutz hat. Und daß die Engländer die französischen Angriffe gegen den Selbstschutz unterstützen, läßt vermuten, daß auch sie Verstärkungen hegen. Wie der Geheimbericht Leronds zeigt, befürchtet die Entente, daß der deutsche Selbstschutz in Oberschlesien sich im Benehmen mit der Ortschaft pöbellich zu einem großen deutschen Heere auswächst, das die Polen über den Haufen rennen, und sich womöglich mit den Russen und Türken verbinden könnte. Diese Angst verursacht nicht nur den französischen Militärs dauerndes Abdrücken, sondern der ganzen Entente. Man spricht nämlich schon davon, daß in der Zukunft neue große Pläne gegen die Entente geschmiedet würden,

die von den Bolschewisten Unterstützung fänden. Der seit herge Mißerfolg der Geleichen, die sich übrigens ungeschickterweise in das kleinasiatische Abenteuer haben hineingeküßt, wird auf russische Truppen- und Kriegsmaterialhilfe zurückgeführt. Das Orientproblem liegt der Entente überhaupt im Magen. Es ist den Alliierten aus kriegstechnischen und namentlich politischen Gründen nicht möglich, den Orient mit Gewalt zu „pazifizieren“, wie man es mit dem deutschen Industriegebiet, der einen viel feineren, und daher leichter zerbrechlichen Organismus besitzt, gemacht hat. Man fürchtet nämlich in diesem Falle einen Aufruf des gesamten Orients von Ägypten bis Indien, und den niederzuschlagen würden die Engländer und Franzosen nicht sogleich fertigbringen, abgesehen von der Gefahr, daß namentlich die französischen Truppen dabei Opposition machen könnten. Also wird, namentlich auch in Berücksichtigung der russisch-türkischen Verbindungsmöglichkeit verhandelt. Die Türken wollen aber „Selbstbestimmungsrecht“ ihres Landes, und das ist doch ein Völkerechtsparagraf, der nur für die Entente und ihre Sippe bestimmt ist, also auf andere Völker gar nicht anwendbar ist, wenn nicht der ganze schöne Welt Herrschaftsstrom der Angelsachsen und Romanen in einer fatal Morgana endigen soll. Wie die Orientfrage angeht, die „Habsbarrigkeit“ der Türken enden soll, läßt sich heute noch nicht übersehen. Das Feuer im Orient und Anstalten schwellt fort, und daher ist die Entente bemüht, den deutschen „Brandherd“ im Osten durch Entwaflung des deutschen Selbstschutzes und durch die widerrechtliche Aufrechterhaltung der Gewaltmaßnahmen im Westen zu isolieren. O. S.

**Fortdauer der polnischen Gewalttaten.**

Berlin, 29. Juni. Im „Tageblatt“ stellt der deutsche Plebiszitkommissar, Dr. Urbanek, fest, daß das ober-schlesische Räumungsabkommen durch die gemeldeten polnischen Angriffe auf den Bahnhof von Gleiwitz und auf Weutchen von den Polen gebrochen sei und verlangt, daß die interalliierte Kommission diesen Treubruch sühne, besonders da in der letzten französischen Note an die Reichsregierung betont wird, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, das Prestige der interalliierten Kommission wieder herzustellen.

Oppeln, 28. Juni. Nach dem Abzug der Engländer aus Gleiwitz setzten die polnischen Schieber wieder ein. Die Insurgenten besetzten die Wagenwerkstätte der Eisenbahn, die staatlichen Hüttenwerke und die Stahlhämmerwerke. Der deutsche Selbstschutz leistete energischen Widerstand. Die deutschen Arbeiter bewegten demonstrativ die Engländer und Italiener zum Eingreifen. Diese feuerten nur blind auf die Polen. 4 deutsche Selbstschutzleute und 2 Frauen wurden getötet.

**Tatsächliche Räumung des Aufstandsgebiets durch die Polen?**

Berlin, 29. Juni. Wie der „Vorwärts“ aus Oppeln meldet, haben nach bis Dienstag nachmittag vorliegenden Nachrichten die Polen tatsächlich begonnen, das von ihnen besetzte Gebiet zu räumen. Gleiwitz und das Industriegebiet um Hindenburg mit der Stadt Hindenburg selbst sind frei, jedoch noch nicht passierbar. Sämtliches zur Verfügung stehende deutsche Eisenbahnmateriale wurde von den Polen mitgeschleppt, jedoch bisher noch jede Möglichkeit fehlt, den Eisenbahnverkehr wieder einzuleiten. Die Polen haben ihr gesamtes Kriegsmateriale auf der Eisenbahn zurücktransportiert.

**Neue Drohungen der Polen.**

Ratibor, 28. Juni. Hier eintreffende Flüchtlinge berichten, daß die Polen im Kreise Rybnik neue Verstärkungen zusammenziehen. Überall setzt erneuter Terror ein. Die Polenführer kündigen für den Fall ungünstiger Entscheidung den verschärften Kampf an.

**Französisches Dementi des Lerond'schen Geheimberichts.**

Berlin, 28. Juni. Eine Berliner Zeitung hat am 25. Juni abends einen angeblichen Geheimbericht des Generals Lerond an die französische Militärmission in Berlin veröffentlicht. Der französische Botschafter hat hierzu dem Reichsminister des Auswärtigen ein Schreiben überreicht, in dem er erklärt, daß dieser Bericht in allen Punkten gefälscht sei. — Dieses Dementi war vorzusehen, was aber noch lange nicht besagt, daß es keine Lüge und der Geheimbericht tatsächlich gefälscht ist.

**Auch im neubesetzten Gebiet schärfste französische Gewalttätigkeit.**

Berlin 29. Juni. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ aus Düsseldorf sind im neu besetzten Gebiet nach einer neuen Verfügung des kommandierenden Generals des Düsseldorf-Brückenkopfs vor der Genehmigungserteilung zu einer Versammlung die in dieser zu haltenden Reden der Besatzungs-

behörde vorzulegen. — Und da glaubt man noch an die Aufhebung der Sanktionen.

**Das Programm der türkischen Nationalisten.**

Paris, 28. Juni. Bekir Sami Bey der gestern in Paris angekommen ist, hat einem Vertreter des „Temps“ erklärt, er selbst habe seine Demission eingereicht, weil das von ihm unterzeichnete Londoner Abkommen zwar grundsätzlich angenommen, jedoch für unvereinbar mit den zwischen der Regierung und Nationalversammlung von Angora getroffenen Abmachungen befunden worden sei. Die Nationalversammlung habe nunmehr Frankreich gegenüber Vorschläge machen wollen, die wiederum er, Bekir Sami Bey, nicht habe unterzeichnen können. Wenn in Angora die Unversöhnlichen am Ruder wären, wie man behauptet, so würde er nach Europa gekommen sein. Die Beziehungen Angoras zu Rußland seien nur freundschaftlicher Art und es gebe im Augenblick zwischen den Beteiligten keinen Bündnisvertrag. Immerhin habe Rußland die türkischen Forderungen anerkannt. Aus den Abmachungen, die immer das politische Programm Angoras bleiben würden, führte Bekir Sami Bey folgende Bestimmungen an: Die Entscheidung über Thrakien muß auf dem frei ausgesprochenen Willen der Bevölkerung beruhen. Die Sicherheit Konstantinopels und des Marmarameers muß gegen jeden Angriff geschützt sein, was nicht hindert, daß die Meerengen dem Welthandel und dem internationalen Verkehr offenstehen müssen.

**Die Entente und der griechisch-türkische Konflikt.**

London, 28. Juni. „Daily Chronicle“ schreibt, angeht die Haltung der griechischen Regierung seien jetzt die Alliierten jeder Verpflichtung bezüglich des Schicksals der griechischen Truppen in Kleinasien enthoben. Man müsse jedoch den Griechen Zeit gewähren um zur Vernunft zu gelangen. Auch der Angora-Regierung müsse vollkommen deutlich gemacht werden, daß die Alliierten ihr Verhalten nicht billigen können. — Das ist ja der reinste Eiertanz.

**Beilegung des englischen Bergarbeiterstreiks. Verständigung durch Vermittlung der Regierung.**

London, 27. Juni. Neuter. Die heute abend abgehaltene Konferenz zeigte, daß die Bergwerksbesitzer sich über die Höhe während der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs sowie über das Verhältnis zwischen Gewinn und Löhnen, wenn ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung erfolgt, geeinigt haben. Das Abkommen soll bis zum Dezember 1922 gelten. Wenn die Regierung eine Besteuerung gewährt, werden die Führer den Bergarbeitern die Annahme des Abkommens empfehlen. Die Lage ist noch ungewiss, da die Führer die Wiederaufnahme der Arbeit nicht anordnen können, bevor sie sich mit den Bergarbeitern besprochen haben.

London, 28. Juni. (Neuter.) Amtlich. Der Bergarbeiterstreik ist beigelegt.

London, 29. Juni. Die Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks findet in der gesamten gestrigen Abendpresse größte Beachtung. Die Blätter melden, daß die Bergarbeiter die Arbeit sofort wieder aufnehmen wollen. Es fehlt jetzt nur noch die Genehmigung des Parlaments für die Beihilfe von zehn Millionen Pfund Sterling, die Lloyd George bei den gestrigen Verhandlungen den Bergarbeitern erneut angeboten hat. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter erklärten gestern nachmittag, daß die Mehrzahl der Arbeiter am Montag wahrscheinlich die Arbeit wieder aufnehmen werde. Die Bergarbeiter haben, wie berichtet wird, einer sofortigen Herabsetzung des augenblicklichen Tagelohns um zwei Schilling und einer weiteren Verminderung um sechs Pence im August und weiterer sechs Pence im September zugestimmt. Danach tritt das dauernde Abkommen in Kraft.

**Zur auswärtigen Lage.**

**Die deutsch-französischen Wiederaufbauverhandlungen.**

Paris 28. Juni. Ueber die heute begonnenen Beratungen betreffend die Ausführung des Londoner Abkommens ist folgender amtliche Bericht ausgegeben worden: In Fortsetzung der Wiesbadener Besprechungen haben heute die Verhandlungen in Paris begonnen. Teilnehmer waren auf deutscher Seite Staatssekretär Bergmann und Präsident Guggenheimer, auf französischer Seite Minister Loucheur und aus den beteiligten Ministerien die Herren Seydoux, Tanery und Cheysson. Beraten wurde die Frage der Restitutions und Ersatzlieferungen gemäß einer Anregung der Reparationskommission. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand werden morgen fortgesetzt werden. Morgen nachmittag wird über die Lieferung von Materialien verhandelt werden.

**Neue Konfliktstimmung in Fiume?**  
Rom, 28. Juni. Eine Drahtmeldung aus Fiume berichtet, daß der italienische Kommissar die Leute, die den Hafen von Baros besetzt haben, aufgefordert hat, den Hafen zu verlassen. Daraufhin setzten sich Demonstranten von der Stadt her nach der Brücke von Sufal in Bewegung, um in das Hafengebiet von Baros einzudringen. Eine Kompanie Alpenjäger, die die Brücke bewachte hat von ihrer Waffe Gebrauch machen müssen. Man meldet 4 Tote und etwa 20 Verwundete.

**Eine Wahlniederlage der Bolschewisten in Rußland.**  
London, 28. Juni. Die „Morning Post“ meldet aus Reval, daß in Fern bei den letzten Wahlen zu den Lokal- und Bezirksratswahlen kein einziger Kommunist gewählt wurde. Mostau sah sich gezwungen, dieses Ergebnis zu beklagen. In Fern selbst und in den Städten des Gouvernements sind die Rechte des Privatbesitzes den Besitzern von Häusern, Läden, Handelsunternehmungen und kleinen Fabriken zurückgegeben worden. Am 11. Juni wurde ein feierliches Telemusik in der Ferner Kirche abgehalten. Die Denkmäler zu Ehren der Führer der Revolution wurden von der Menge in den Fluß geworfen. Die außerordentliche Kommission ist aufgelöst worden.

**Die widerliche Friedensschlußkomödie in Amerika.**  
Washington, 29. Juni. (Reuters.) Wie jetzt bestimmt gemeldet wird, haben sich die republikanischen Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats über ein Kompromiß über die Resolutionen Knox und Porter geeinigt, durch die der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich beendet wird.

**Deutscher Reichstag.**  
Berlin, 28. Juni. Im Reichstag wurden heute zunächst wieder verschiedene Anfragen seitens der Regierung beantwortet. U. a. erklärte sie auf die deutsch-nationale Anfrage, ob sie bereit sei, in der Nähe großer Städte Wohnsiedelungen für vermögenslose kinderreiche Familien aller Stände mit ausreichendem Land zur Selbstversorgung zu schaffen, daß grundsätzliche Maßnahmen im Rahmen der Zuständigkeit des Reichs getroffen seien, daß jedoch die Beschaffung von Wohnsiedelungen Sache der Länder sei. Verneint wurde die kommunistische Anfrage, ob zur Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte Vertrauensleute der Arbeiterorganisationen herangezogen werden sollten. Medann wurde das Gesetz betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Karlistasche bis zum 1. Januar 1923 endgültig verabschiedet und die zweite Beratung der Nachtragsliste beim Haushaltsministerium des Innern fortgesetzt. An der Debatte beteiligten sich hauptsächlich Redner der Unabhängigen und der Kommunisten, die die Aufhebung des Ausnahmezustands in Ostpreußen und Bayern verlangten, die Unbrauchbarmachung der Druckerpresse des Stuttgarter kommunistischen Organs als verfassungswidrig bezeichneten, die Strafordrohungen der Reichsregierung in Sachen der Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern als lächerlich gering kritisierten und dem Minister Dr. Gradnauer ihr Mißtrauen aussprachen. Dieser erklärte, daß der Ausnahmezustand so schnell wie möglich abgeschafft werden müsse, doch seien die Mehrheit des Hauses und einzelne Landesregierungen gegen die sofortige Aufhebung. Diese Ansicht müsse auch er achten. Die Maßnahmen gegen den Stuttgarter „Kommunist“ billige er persönlich nicht, wie er überhaupt gegen jede Vorzensur sei. Reichsjustizminister Schiffer stellte verschiedene Ausführungen der Parteiredner richtig und wies die Behauptung, daß die Richter untreu gegenüber ihrer Behörde seien, als unwahr zurück. Nachdem auf einen von kommunistischer Seite vorgebrachten Wunsch zugesagt worden war, eine genaue Statistik über unsere Kriegsverluste zu veröffentlichen, wurde der Haushalt genehmigt mit einem Antrag der Mehrheitsparteien, der die Zahl der Eisenbahnfahrkarten für Reichsratsmitglieder beschränkt. Nach Annahme einer Reihe von Titeln des Haushalts des Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums mit

**Der Kampf im Speffart.**  
Erzählung von Levin Schücking.  
„Übergebt jetzt Euren Brief, Chasseur!“ befahl der General trocken mit jorngig gerunzelten Brauen.  
Widerich sah, daß er gefangen war. Er hatte von dem Briefe gesprochen, er konnte ihn jetzt nicht mehr zurückhalten. Er konnte auch den Schultheiß der mit einem wohlwollenden Blide ihm seine Augen zuwandte, nicht warnen. Er konnte nichts tun, als seinen Brief hervorziehen und, indem er ihn dem Schultheiß übergab, sagen: „Er ist zu eigenen Händen und ganz privat, nur den Herrn Schultheiß persönlich betreffende Natur.“  
Der Schultheiß nahm den Brief entgegen und betrachtete betroffen das Siegel; auch des Generals Blick hefteten sich auf das Siegel. Der Schultheiß machte, ehe er das Schreiben aufriß, eine Bewegung mit der Hand, um den General einzuladen, Platz zu nehmen.  
„Ich danke“, versetzte dieser lakonisch und blieb, während der alte Herr das Siegel erbrach, stehen.  
Widerich hatte unterdessen Zeit, sich ganz das Gefährliche seiner Lage klarzumachen. Es war offenbar, daß der General zunächst geschöpft, daß er die Maste, in welcher Widerich saß, durchschaut — was sollte daraus werden, wenn er den Brief des feindlichen Feldherrn zu lesen bekam? Die Schlinge war nun Widerich zugezogen; sein letztes Hilfsmittel mußten jene erbeuteten Briefe bilden, oder er war verloren.  
Der Schultheiß las den Brief. Seine Miene nahm dabei einen Ausdruck tiefen Ernstes an; er las still bis zu Ende, dann sagte er aufschauend: „Und hat der Schreiber dieses Briefes denselben Ihnen übergeben, um ihn mir zu bringen? Sie sind französischer Soldat — wie ist das? Wie hängt das zusammen?“  
„Ein Kamerad hat ihn mir übergeben“, erwiderte Widerich, „der —“  
„Lassen Sie mich, bitte, den Brief sehen“, unterbrach Duwignot, indem er ohne weiteres dem alten Herrn den Brief aus der Hand nahm und zu überfliegen begann.  
„Es ist seltsam“, fuhr der Schultheiß fort; „der Brief muß dann aufgefangen und in die Hände gekommen sein, für die er nicht bestimmt war; wie kann ein französischer Soldat ihn mir bringen?“  
„Beruhigen Sie sich, Herr Schultheiß“, fuhr hier Duwignot scharf dazwischen, „der Mann ist kein französischer Soldat, er ist ein österreichischer Spion, und dieser Brief beweist mir, daß Sie mit unsern Feinden in heimlicher Verbindung stehen! Man rechnet auf Ihre Beihilfe, Ihren Verrat, um dem Feinde Frankfurt in die Hände zu spielen. Und wer Ihnen dies schrieb, ist der Erzherzog-Feldmarschall selbst!“  
„Mein Herr General“, fuhr der Schultheiß erschrocken auf, „ich muß Sie bitten —“  
„Es tut mir leid“, fiel ihm der General ins Wort; „Sie sind ein Mann, den ich als mein Gast schon zu achten habe; ich bin Ihnen Dankbarkeit schuldig für das Wohlwollen, das Sie mir schon vor Jahren, als ich unter Custine Ihre Stadt besetzt und Ihr unfreiwilliger Gast wurde, mit so vieler Urbanität zeigten; aber meine Pflicht geht über meine persönlichen Gefühle, ich muß Sie vor ein Kriegsgericht stellen lassen, Herr Schultheiß.“  
Der Schultheiß war totenbleich geworden.  
„Wenn Sie mich achten“, sagte er, „so werden Sie mir auch glauben. Ich bin kein Verräter! Des Schreibens ist an mich gerichtet ohne mein Wissen und Wollen, dieser Mann dort kann kein Spion sein, denn —“  
„Kein Spion? Wir werden das sehen!“ rief Duwignot, und zu Widerich wendend, aus: „Wer seid Ihr? Ihr werdet

**Ämtliche Bekanntmachungen.**  
Die Melanweisungen werden im Monat Juli ds. Js. wie folgt erteilt:  
am Montag, den 4. Juli und am Montag, den 18. Juli für die Bäcker und Händler der Stadt Calw, Hirsau, Diebelszell und Unterreichenbach,  
am Dienstag, den 5. Juli und am Dienstag, den 19. Juli, für die Bäcker und Händler der übrigen Bezirksgemeinden.  
Calw, den 27. Juni 1921.  
Kommunalverband Calw: Oberamtmann G. S.

einer Entschließung des Ausschusses, der die Schaffung milch-wirtschaftlicher Forschungsanstalten in Süddeutschland befürwortet, verlagte sich das Haus auf morgen nachmittag 2 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellation Stresemann wegen Aufhebung der Sanktionen.

**Der Stand der Entwaffnung am 1. Mai.**  
Berlin, 27. Juni. Der Stand der Entwaffnung des deutschen Heeres am 1. Mai 1921. Die Reichskreiswehrhandels-Gesellschaft hat bis zu diesem Tage

	zur Veräußerung erhalten:	davon gestrichelt:	nach auf Lager:
Gewehre und Karabiner	4 808 300	4 770 800	37 500
Maschinengewehre	91 042	90 465	577
Minenwerfer u. Rohre von solchen	22 778	22 334	444
Geschütze und Rohre von solchen	50 489	49 688	801
Leisten	26 880	26 595	285
Scharfe Artillerie-Geschütze und -Minen	36 800 000	28 500 000	8 300 000
Scharfe Hand-Gewehre und Wirtsgewehre	14 650 000	14 000 000	650 000
Scharfe Zünder	55 150 000	53 600 000	1 550 000
Handwaffenmunition	390 000 000	360 000 000	30 000 000
Flugzeuge	13 379	13 369	10
Flugzeugmotoren	23 999	23 845	154

Die Auslieferung und Zerstörung auf Grund des Ultimatums hat erst nach der Zufuhr-Anstellung dieser Zahlen ihren Anfang genommen.

**Zur Auflösung der Escherich-Organisation.**  
München, 29. Juni. Dr. Escherich hat an alle Reichs- und Gau-Hauptleute eine Rundgebung gerichtet, in der er ihnen mitteilt, daß er infolge der Verzichtung der Reichsregierung über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern sein Ehrenamt als Landeshauptmann der Einwohnerwehren Bayerns niederlege.

**Schijerning?**  
Berlin, 28. Juni. Generalsarzt a. D., Professor Dr. von Schijerning, während des Kriegs Chef des freiwilligen Sanitätswesens ist heute morgen an den Folgen eines Schlaganfalls verstorben.

**Die bevorstehende Kohlenknappheit.**  
Berlin, 29. Juni. In der gestrigen Vollversammlung des Reichskohlenrats erklärte der Geschäftsführer, Berghauptmann Bannhold, in seinem Bericht über die Kohlenlage, daß vor allem in den Leistungen des Steinkohlenbergbaus ein erfreulicher Aufstieg zu verzeichnen sei, daß aber die Förderung noch um 20% hinter der letzten Friedensjahre zurückbleibe. Die Braunkohlenbräuleterzeugung übersteige die Produktion des Jahres 1913 um etwa ein Drittel. Angesichts der schlechten Kohlenversorgung in Deutschland forderte der Redner wenigstens eine vorübergehende Ueberarbeit im Ruhrbergbau, zum mindesten bis zur Beilegung der oberirdischen Krise.

Berlin, 28. Juni. Im Hauptauschuß des preussischen Landtags hob Handelsminister Fischer hervor, daß eine schwere Kohlenknappheit bevorstehe. Die Förderung habe betragen im Januar 7,8 Millionen gleich 32,7 Proz. des Friedensquantums, im April nur noch 6,68 Millionen und im Mai 6,7 Millionen. Im Sommer sei ein arbeitsmäßiger Ausfall von 40 000 Tonnen zu erwarten. Dazu komme, daß in letzter Zeit Oberschlesien ganz ausfalle, das früher

ein Drittel der Kohlen geliefert habe. Die Vorräte seien aufgebraucht. Der englische Bergarbeiterstreik und der Ausfall der englischen Kohle wirkten mit. Dazu komme dann die Erfüllung des Spa-Abkommens.

**Die Ursache des Bergverunglücks in Herne.**  
Berlin, 28. Juni. Wie der „Lokalanzeiger“ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, haben die Ermittlungen der nach Herne geschickten Untersuchungskommission die Schuldlosigkeit der Bergverwaltung an dem Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis ergeben. Auch der kommunistische Betriebsrat sei der Ansicht, daß die Bergbehörde keine Verantwortung für das Unglück habe. Als Ursache des Unglücks ist festgestellt worden, daß ein Bergmann, um sich die Wegschaffung des Gesteins zu erleichtern, einen Sprengschuß abgegeben hat, der die Explosionsur Folge gehabt hat.

**Beendigung des Abtransportes der in Deutschland internierten Sowjettruppen.**  
Berlin, 28. Juni. Der Abtransport der im August vorigen Jahres nach Ostpreußen übergetretenen rund 50 000 Angehörigen der russischen Sowjetarmee ist auf dem Landwege von Althamm nach Riga und auf dem Seewege von Stettin nach Narwa und unmittelbar nach Petersburg ohne Störung weiter durchgeführt worden und im wesentlichen beendet.

**Nus Stadt und Land.**  
Calw, den 29. Juni 1921.  
**Volksschuldienstprüfung.**  
Auf Grund der am 7. Juni ds. Js. in Stuttgart abgeschlossenen Prüfung ist u. a. zur ständigen Anstellung an evangelischen Volksschulen für befähigt erklärt worden Rathilde Bachteler von Calw.

**Die neue Getreideordnung.**  
Auf Grund des Umlageverfahrens soll Württemberg beim 159 040 Doppelzentner Getreide aufbringen. Die Umlage wird unter Berücksichtigung des Kleinbesitzes auf die Kommunalverbände verteilt. Diese nehmen die Unterverteilung auf die Gemeinden oder unmittelbar auf die Erzeuger vor. In Württemberg ist in Aussicht genommen, die Gemeinden als Zwischenglieder einzuschalten, so daß also die Gemeinden die Unterverteilung auf die einzelnen Landwirtschaftsbetriebe vorzunehmen haben. Die Umlage kann teilweise durch die Lieferung von Brotgetreide, Gerste oder Hafer erfüllt werden. Die Haferlieferung wird aber nur zu drei Fünftel auf die Umlage angerechnet. Die Ablieferungen haben zu einem Viertel bis 15. Oktober, bis zur Hälfte bis zum 15. Dezember und mit dem Rest bis zum 28. Februar 1922 zu erfolgen. Für nicht rechtzeitig geliefertes Getreide ist Ersatz zu leisten durch Bezahlung des Unterschieds zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Preis für ausländischen Weizen, zuzüglich eines Zuschlags von 25 Proz. So schwerden der Erzeuger gegen die Festsetzung des Lieferungslofs sollen durch bildende Ausschüsse aus Erzeugern und Verbrauchern entschieden werden. Die Kommunalverbände haben bis 1. Juli ds. Js. der Reichsgetreidebehörde zu erklären, ob sie ihren Bedarf an Getreide oder in Mehl zugewiesen erhalten wollen. Die Reichsgetreidebehörde teilt die tägliche Melioration der vorzubereitenden Bevölkerung fest. Dies bezieht sich jedoch nur auf das Umlagegetreide. Die Verteilung der Brotration erfolgt nach wie vor durch Brotkarten. Mühlenkontrolle, Wirtschaftsprüfung, Mehl- und Getreidekontrollen in Weisgall. Verfertigung von Brotgetreide und Verarbeitung auf Brauntwein ist verboten. Getreide alter Ernte bleibt auch im kommenden Wirtschaftsjahr beschlagnahmt, muß abgeliefert und bis 15. Juli angemeldet werden. Die württ. Ausführungsbestimmungen zu diesen reichsgerichtlichen Vorschriften werden demnächst erfolgen.

**Mutmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.**  
Die Störungen sind im Rückgang begriffen, werden aber von dem Hochdruck im Nordwesten noch nicht völlig ausgeglichen. Am Donnerstag und Freitag ist trockenes und warmes Wetter bei mäßiger Neigung zur Gewitterbildung zu erwarten.

nicht länger behaupten, daß Ihr ein französischer Soldat seid! Ihr seid ein Deutscher, das habe ich an Eurer Sprache erkannt. Nun wohl, wir haben auch Deutsche unter unsern Fahnen. Aber die Chasseurabteilung, zu der Ihr gehören wollt, steht nicht in Hanau, ich traf sie gestern auf dem Marsch nach der Wetterau; sie gehört nicht zu Neys Division; ich kenne keines de la Rive. Wie war gestern Eure Parole? Seht Ihr, Ihr wißt das nicht! Ihr hättet Euch vorher besser über Eure Rolle unterrichten sollen, bevor Ihr wagt, sie zu übernehmen. Sie sehen, Schultheiß, daß ich recht habe, dieser Mann ist kein französischer Soldat er ist ein österreichischer Spion. Ich denke, dieses Schreiben hier, dies Schreiben in meinen Händen ist Beweis genug.“

„Beim lebendigen Gott“, rief Widerich hier stolz und entrüstet aus, „Ihre Beschuldigung ist falsch und ungerecht, Herr General. Ich bin kein Spion, und dieser Herr hier, den ich in einen so unseligen Verdacht bringe, ist völlig unschuldig. Ich bin kein Franzose, ich gestehe das offen ein, ich bin der Revierförster Widerich Buchrodt vom rohrbrunner Revier im Speffart, ein Mann, den noch niemand einer schlechten Handlung wie die, den Spion zu machen fähig gehalten hat.“

„Förster aus dem Speffart — in der Tat?“ fiel Duwignot ein. „Einer von den Leuten, mit denen wir eine so schwere Rechnung auszugleichen haben! Doch enden wir“, fuhr er wie eine innerliche Erregung niederdrückend und stoßweise fort. „Herr Schultheiß, ich muß tun, was der Dienst mir gebietet. Ich bin gezwungen, Ihnen anzukündigen, daß Sie diese Zimmer nicht zu verlassen haben, bis weiter über Sie verfügt wird. Den Mann dort wird man zur Konstablerwache führen. Der Brief bleibt in meiner Hand!“

Der General wandte sich rasch und ging, so rasch, als wollte er sich der penigenden Scene, der Pflicht, die er gegen seinen Gastfreund zu erfüllen hatte, so bald wie möglich entziehen.  
(Fortsetzung folgt.)

„De...  
Um zu vermeiden, d...  
verschiedene Stellen z...  
bekanntes Sammelst...  
jeder Höhe entgegen...  
Sonntag sein Sch...  
oder nachher auch noch...  
fantas zu genießen...  
Schulen, veranlaßt dur...  
jetzt den schönen Be...

(S. 3.) Kornwe...  
wein, dem 524 Mit...  
Bautätigkeit ent...  
Böhmungen erstellt, w...  
der Gemeinde und Arb...  
bahnangehörige und 30...  
beamteten und 6 Einfam...  
versammlung dankte G...  
führer, Gemeinderat Z...  
(S. 3.) Rothweil...  
über die Angelegenheit...  
endigte mit der Verur...  
naten Gefängnis und...  
und zwar wegen Dieb...  
rei. Kein Angeklagter...  
süßer Friedensvertrags...  
sicher Geheimeisse nicht...

**5. deutsh...**  
Der 5. Deutsche St...  
lung am Donnerstag...  
meiner Böf (Berlin)...  
Gaststadt Stuttgart...  
dann aus: Es handel...  
Städte, um die ganze...  
Politik, die heute geg...  
getrieben wird, ein Zi...  
der deutschen Bevölle...  
sicherung der Städte...  
deutschen Städte...  
und dem Frieden...  
die das niedergeschmet...  
tens wurde hierauf...  
Den ersten Hauptvor...  
(Hien) über die g e g...  
Redner ging von Ausf...  
abend aus. Viele De...  
Staat komme die gro...  
dies nicht so ist, hat...  
daß dieser Bedanke s...  
Die Selbstverwal...  
sach der Staats...  
Selbstverwaltung ist...  
Die Selbstverwaltung...  
die schwersten Hemmn...  
traite, die sich in den...  
und zu einer Versä...  
Gemeinde geführt hat...  
Hemmungen der Selb...  
diese sich heute auf...  
werden die Bürg...  
holländischen Parteien...  
tungsarbeit leiste...  
der Beschäftigte geht...  
sicherer Fort für...  
betonen den Gedanken...  
der finanziellen Gese...  
zige dies der Redner...  
Bewohnungsfrage, an...  
neren Verwaltung. Der...  
tags über verschiedene...  
geben. Selbstverwalt...

Stad...  
In Anpassung an...  
Staatsbeamten hat der...  
**Ranglistenbe...**  
wie folgt festgelegt:  
An den...  
Woch...  
vom 16. Mai 7-12 U...  
bis 15. Sept. 2-5 1/2 U...  
v. 16. Sept. 8-12 U...  
bis 15. Mai 2-6 1/2 U...  
Calw, den 27. J...  
S...

L.=3  
Die Kameraden tr...  
gemüthlicher...  
am Sonnt...  
von nach...  
bei Kamerad De...  
in Wa...

Landkreis Calw  
Kreisarchiv Calw

reife seien aufgebraucht.  
 all der englischen Röhre  
 des Spa-Badens.  
**Walds in Herne,**  
 eiger" aus parlamen-  
 mittlungen der nach  
 die Schullosigkeit  
 auf der Zehnte Mont  
 Betriebsrat sei der  
 Verantwortung für das  
 ist festgestellt worden,  
 führung des Gesteins in  
 hat, der die Explosionen

**„Oberschlesier“-Hilfswerk.**  
 Um zu vermeiden, daß die Gaben aus dem Oberamt Calw sich an  
 verschiedene Stellen zersplittern, wird darauf hingewiesen, daß die  
 bekannten Sammelstellen (s. Inf.) in Calw nach wie vor Gaben  
 entgegennehmen. Wer also zum „Oberschlesier“-  
 Sonntag sein Scherflein geben will, kann dies am Tag zuvor  
 oder nachher auch noch tun, ohne Berliner und Stuttgarter Scheck-  
 kontos zu benötigen. — Eine Sammlung in den hiesigen höheren  
 Schulen, veranlaßt durch Studiendirektor Dr. Knobel, ergab bis  
 jetzt den schönen Betrag von 385 Mark.

(S. 3.) Kornwestheim, 27. Juni. Der hiesige Bau- und Spar-  
 verein, dem 524 Mitglieder angehören, hat eine großzügige  
 Bautätigkeit entfaltet. Seit 1919 hat der Verein 66 neue  
 Wohnungen erstellt, weitere 18 sind im Bau begriffen mit Zuschüssen  
 der Gemeinde und 30 für die Landesbaugenossenschaft der Bezirks-  
 beamten und 6 Einfamilienhäuser in Stammheim. Bei der Genera-  
 lversammlung dankte Schriftführer Hiller dem umsichtigen Geschäfts-  
 führer, Gemeinderat Jooß.

(S. 3.) Rothweil, 28. Juni. Die Strafkammer-Verhandlung  
 über die Angelegenheit des verurteilten Verkaufers von Pulver-Rezepten  
 endigte mit der Verurteilung des Angeklagten Jos. Schach zu 8 Mona-  
 ten Gefängnis und des Chr. Feion jung zu 1 Monat Gefängnis,  
 und zwar wegen Diebstahls bezw. Hehlerei und Beihilfe zur Hehlerei.  
 Neun Angeklagte wurden freigesprochen. Infolge des Ver-  
 falles Friedensvertrags konnte die Anklage wegen Verrats militä-  
 rischer Geheimnisse nicht aufrecht erhalten werden.

**5. deutscher Städtetag in Stuttgart.**

Der 5. Deutsche Städtetag hielt seine erste Hauptversam-  
 lung am Donnerstag bei überaus zahlreichem Besuch. Oberbürger-  
 meister Böß (Berlin) begrüßte die Versammlung und dankte der  
 Gaststadt Stuttgart für die herzliche Aufnahme. Der Redner führte  
 dann aus: Es handelt sich um Sein oder Nichtsein für die deutschen  
 Städte, um die ganze Stadtkultur. Die Welt muß wissen, daß die  
 Politik, die heute gegen Deutschland seitens der früheren Feinde  
 getrieben wird, ein Ziel verfolgt, das die Vereindung der Massen  
 der deutschen Bevölkerung im Auge hat, gerade auch für die Be-  
 wohner der Städte. Sie sollen aber auch wissen, daß in den  
 deutschen Städten eine Kraft liegt, die der Wohlfahrt  
 und dem Frieden der ganzen Welt dient, eine Kraft,  
 die das niedergeschmetterte Europa braucht. Bezüglich Oberschle-  
 siens wurde hierauf eine Entschließung einstimmig angenommen.  
 Den ersten Hauptvortrag hielt Oberbürgermeister Dr. Luther  
 (Hessen) über die gegenwärtige Lage der Städte. Der  
 Redner ging von Ausführungen des Ministers Graf am Begrüßungs-  
 abend aus. Viele Leute glauben, mit dem demokratischen  
 Staat komme die große Stunde der Selbstverwaltung. Daß  
 dies nicht so ist, hat sich in Preußen gezeigt, wo die Gefahr bestand,  
 daß dieser Gedanke überhaupt nicht in die Verfassung kommen sollte.  
 Die Selbstverwaltung ist ihrem Wesen nach ein Gegen-  
 satz der Staatsverwaltung. Eine Überbetreibung der  
 Selbstverwaltung ist für unser deutsches Volk nicht zu wünschen.  
 Die Selbstverwaltung müsse Dienerin für das Staatsganze sein. Eine  
 der schwersten Hemmnisse für die Selbstverwaltung ist die Staatsbüro-  
 kratie, die sich in den letzten Jahren aus der Kriegswirtschaft ergeben  
 und zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen Zentrale und  
 Gemeinde geführt hat. Der Redner zeigte die Beengungen und  
 Hemmnisse der Selbstverwaltung und die Grundlagen, auf denen  
 diese sich heute aufbaut. Durch die Selbstverwaltung  
 werden die Bürger erzogen. Es sind aber Kräfte in allen  
 politischen Parteien am Werke, die nicht schlichte Verwal-  
 tungsbearbeit leisten, sondern Staat spielen wollen. Aus  
 der Geschichte geht hervor, daß die deutschen Städte immer der  
 sicherste Hort für die Einheit des Reiches waren. Wir  
 können den Gedanken der Sparfamkeit, das Gebot der Sachlichkeit,  
 der finanziellen Ehrlichkeit und des finanziellen Mutes. Im einzelnen  
 zeigte dies der Redner an den Kulturfragen, der sozialen und der  
 Wohnungsfrage, an den gewerblichen Gemeindebetrieben und der  
 inneren Verwaltung. Der Reichskanzler habe dem Vorstand des Städte-  
 tages über verschiedene Steuerfragen keine befriedigende Antwort ge-  
 geben. Selbstverwaltung ist nur möglich, wenn wir zureichende selbst-

ständige Einnahmen haben. — Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer  
 (Königsberg) erstattete das Gegenreferat und behandelte vor allem  
 technische und Einzelfragen der Gemeindeverwaltung. — Bürger-  
 meister Leid (Berlin) (U.S.V.) führte aus, daß die Entwicklung  
 zeigen werde, daß von einer Selbstverwaltung bald nicht  
 mehr geredet werden könne. Die Einzelstaaten hätten  
 sich überlebt, ein Einheitsstaat müsse geschaffen werden. Frau  
 Stadtverordnete Dr. Scheben (Dresden) beantwortete warm die  
 Pflege der sozialen Aufgaben und die Errichtung von  
 Pflegeheimen für sittlich Verwahrloste. Oberbür-  
 germeister Ruppe fordert die Umgestaltung der wirtschaft-  
 lichen Betriebe, damit sie den Städten Einnahmen bring-  
 en. — Oberbürgermeister Scheidemann (Kassel): Er könne  
 Dr. Luther die Anerkennung ausstellen, daß er seine große Aufgabe  
 glänzend gelöst habe. Auch als Sozialdemokrat bekenne er,  
 man solle nur kommunalisieren und sozialisieren, wenn  
 die Allgemeinheit einen Nutzen davon habe. Es bestehe  
 die große Gefahr, daß die Gemeinden Stipendiaten des Reiches wür-  
 den. Die Abfindung der Gemeinden seitens des Reiches aus der  
 Einkommensteuer entspräche nicht der Geldentwertung. Zu den 40  
 Milliarden Mark neue Steuern käme noch die Steigerung für Brot  
 und Mehl. Die Belastung werde unerträglich. Solange Reich  
 und Länder den Gemeinden nicht Geld geben, könne ohne Ansehen  
 nicht gewirtschaftet werden. Die Sparfamkeit sei selbstverständliche  
 Pflicht, volkswirtschaftlich gesehen sei es ein Unheil, die Finanzen der  
 Städte noch mehr einzuschränken. Der Redner hofft von der Reichs-  
 regierung besseres Verständnis für die Lage der Gemeinden, als den  
 Zellen neuen Lebens. Frau Stadträtin Vehl (Berlin) lehnt die  
 Sparfamkeit auf sozialem Gebiet, namentlich in der Fürsorge für die  
 Jugend, die das Vaterland aufbauen soll, ab. — Von den Ver-  
 tretern der Unabhängigen wird sodann eine Entschlie-  
 ßung vorgelegt zu den Beschlüssen des Reichstags über die Auf-  
 hebung der Sekundarwirtschaft und die Einfüh-  
 rung der Umlage auf nur 2½ Millionen Tonnen. Es  
 wird von der Reichsregierung gefordert, daß das bisherige  
 Protaquantum für die ganze Uebergangszeit zu dem bisherigen  
 Preis beibehalten werden kann. Der Städtetag lehnte die Behand-  
 lung dieser Entschließung in seiner großen Mehrheit ab. Oberbür-  
 germeister Velmö (Magdeburg) schilderte die große Notlage der Städte.  
 Die Städte würden am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Die städt. An-  
 sehnlichkeiten seien um das 3-fache gestiegen. Die Städte seien am Zu-  
 sammenbrechen, aber sie dürfen es nicht, denn mit ihnen gehe das  
 Vaterland zugrunde. Gemeinderat Dr. Weßlinger (Stuttgart)  
 wendet sich gegen den Einheitsstaat. Notwendig sei auch die Besei-  
 tigung der schematischen Durchführung des Haushaltsentwurfs. — Der  
 Stadtverordnete Dörre (Berlin) polemisierte gegen die Referenten  
 und präsidierte als Vorbild für den Aufbau der Gesellschaft.  
 Stadtrat Seeger (Leipzig) protestierte gegen die Vorschläge Lu-  
 thers und sieht die Rettung in dem Sozialismus. Stadtverordneter  
 vortreter Gabelin (Krefeld) (komm.) sieht nur einen Ausweg aus  
 dem Finanz- und Wirtschaftselend in der Schaffung einer Sowjet-  
 republik. Beigeordn. Nihert (Darmstadt) behandelte die Frage der  
 gewerblichen Betriebe in den Gemeinden, die auf kaufmännischer, nicht  
 auf kanalarbeitlicher Grundlage geführt werden müssen. Stadt-  
 vorst. Hanke (Görlitz) bittet den Städtetag, mit der Sparfamkeit  
 nicht bei den Kulturaufgaben und nicht bei der Volksschule zu begi-  
 nen. Ueber die Annahme der Entschließung: Der Deutsche Städte-  
 tag erkennt die dringende Notwendigkeit weitgehender Einschränkung  
 aller Ausgaben der Gemeindeverwaltungen an. Er warnt seine Mit-  
 glieder eindringlich vor verhängnisvoller Anleihenwirtschaft. Die eigen-  
 en Einnahmehemmnisse sind aufs härteste auszunutzen. Reich und  
 Länder müssen aber den Gemeinden die Einnahmequellen belassen  
 und zuweisen, deren sie zur Erfüllung unabwiesbarer Kulturaufgaben  
 bedürfen, entspannen sich eine heftige Diskussion. — Bürgermeister  
 Freund (Nürnberg) als Vertreter der Unabhängigen verlas eine  
 Erklärung in der Unabhängigen gegen die Entschlieung werden  
 und ihre Zustimmung verweigern. Auch die Kommunisten gaben eine  
 Erklärung gegen die Entschlieung ab. Sie wurde aber mit über-  
 großer Mehrheit gegen Kommunisten und Unabhängige angenommen.  
 — Am zweiten Tag erstattete der Geschäftsführer, Oberbürgermeister  
 Wittkaf, den Geschäftsbericht über den Stand des Vermögens.  
 Denn fand eine allgemeine Aussprache über die Satzungsänderungen  
 statt. Nach diesen soll der Hauptausschuß erweitert werden und jähr-

lich zusammentreten. Ferner wird die Mitgliedschaft, die bisher auf  
 Gemeinden bis 25 000 Einwohner beschränkt war, auf Gemeinden bis  
 10 000 Einwohner ausgedehnt. In der Gesamtstimmung wird  
 die neue Satzung gegen die Stimmen der U.S.V. und Komm. ange-  
 nommen. — Der letzte Punkt behandelte das Gemeindeverfassungs-  
 recht. Oberbürgermeister Kollner (Münster) behandelte vor  
 allem die preussische Magistratsverfassung. Die Gemeindeverfassung  
 sei vielfach reformbedürftig, nur vom Boden des Vorhandenen aus  
 könne weitergebaut werden. Dem Geiste der Zeit müsse Rechnung  
 getragen werden durch eine weitgehende Beteiligung der Bürgerschaft  
 an der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten. Nur mit der rhei-  
 nischen Bürgermeisterei-Verfassung sei dies möglich. An den Berufs-  
 bürgermeistern und Berufsbeamten der Gemeindeverwaltung sei fest-  
 zuhalten. Der Redner unterschied dann zwischen Selbstverwaltungs-  
 aufgaben und Auftragsangelegenheiten. Die Staatsaufsicht dürfe nur  
 aus Gründen des allgemeinen Wohles Geltung haben. Man müsse  
 sich Sicherheiten schaffen gegen Staatswillkür des Staatsaufsichts-  
 rechts. Reichsrat Dr. Kopp (Stuttgart) behandelte die sächsischen  
 Verhältnisse. Die Weiterentwicklung der körperschaftlichen Selbst-  
 verwaltung sei eine Grundvoraussetzung des Wiederaufbaus. Seit  
 der Revolution habe man mehr als unter dem alten System in die  
 Gemeindeverwaltungen hineingegriffen. Eine einseitliche reichsgesetz-  
 liche Regelung der Gemeindeverfassungsfrage könne unter den heutigen  
 Verhältnissen nicht in Frage kommen. Zu einer vollständigen,  
 bodenständigen Reform gelange man nur auf dem Boden des histo-  
 risch Gewordenen. Der Redner schildert dann die Gemeindeverfas-  
 sungen in Württemberg und Bayern mit dem Einkammerstern  
 und in Baden und Hessen mit dem Zweikammerstern. Die Einfüh-  
 rung der Magistratsverfassung nach preussischem Muster komme für  
 Süddeutschland nicht in Betracht. Bürgermeister Dr. Kordt  
 (Münster) spricht über die rheinische Bürgermeisterei-Verfassung, die  
 sich seit 100 Jahren bewährt habe. Auch im Rheinland lehne man  
 die Magistratsverfassung ab, es handle sich höchstens um einen Ausbau  
 der bestehenden Gemeindeverfassung. Der Redner lehnt sodann die  
 absolute Politisierung der Gemeindeverwaltung ab, denn Kommunal-  
 politik bedeute das Wohl der Gesamtheit, deshalb dürfe auch bei den  
 gegenwärtigen Verhältnissen kein Parteimann an der Spitze der  
 Stadtverwaltung stehen. Im Rheinland, das unter dem Druck der  
 Befahrung stehe, habe sich gezeigt, daß nur durch eine einzelne Person,  
 nicht durch ein Kollegium, letzten Endes die Lasten gemildert und ab-  
 gewandt werden könnten. Nur der rechte Mann an der Spitze könne  
 den guten Sinn der Bevölkerung erhalten. Deshalb dürften jetzt keine  
 Experimente in der Gemeindeverwaltung gemacht werden. Die rhei-  
 nischen Bürgermeister tragen ein stilles Heldentum. Sie halten die  
 Nacht am deutschen Rhein. Eine Entschlieung des Vorstandes des  
 Städtetags verlangt: Der deutsche Städtetag erwartet von der Lan-  
 des- und Reichsregierung uneingeschränkte Selbstverwaltung der  
 Gemeinden, Befreiung von überflüssiger Staatsaufsicht und Befestigung  
 des in der Verwaltung verzögerten und verteuerten Inflanzen-  
 zuges. Der Deutsche Städtetag beauftragt den Vorstand, unzer-  
 tlich einen Studienausschuß zur Prüfung des Gemeindeverfassungs-  
 rechts einzusetzen. — Die unabhängige sozialistische Fraktion brachte  
 einen Zusatzantrag ein, daß über Gemeindeangelegenheiten nur ge-  
 wählte Gemeindevertreter entscheiden dürfen. Die kommunistische  
 Fraktion verlangt in einem Antrag eine Mißbilligung der Verord-  
 nung des preussischen Ministers Dominikus, wonach kommunistische  
 Bürgermeister usw. nicht befähigt werden dürfen und fordert die  
 Beseitigung dieses Ausnahmegesetzes. Nach mehrstündiger Debatte  
 wurde die Entschlieung des Vorstandes angenommen, ebenso der Zu-  
 satz Weims, daß das staatsaufsichtliche Befähigungsrecht, insoweit  
 es besteht, nicht nach politischen Gesichtspunkten ausgesetzt werden  
 darf. Die Anträge der Unabhängigen und Kommunisten wurden ab-  
 gelehnt. Aus der Mitte der Versammlung wurde dem Vorstand des  
 Städtetags der Dank ausgesprochen. Oberbürgermeister Böß schloß  
 die Tagung mit einem passenden Schlußwort.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.  
 Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Reklameteil.**

Herren Wörner & Kohler, Baugeschäft, Wildberg, verlaufen  
 ihr an der Gartenstraße in Wildberg neuerstelltes Ein-  
 familienhaus an Herrn Joh. Kübler, Maurer und Steinhauer,  
 Oberndorf a. N. — Der Abschluß erfolgte durch Immobilien-  
 und Hypothekengeschäft Christian Herter, Eßlingen.

**Stadtgemeinde Calw.**  
 In Anpassung an die Dienstzeiten der Reichs- und  
 Staatsbeamten hat der Gemeinderat die  
**Kanzleikunden der städtischen Beamten**  
 wie folgt festgelegt:

An den 5. ersten Wochentagen	An den Sams- tagen u. Grün- donnerstag	Am 24. u. 31. Dezbr.
7-12 Uhr Vorm.	7-12 1/2 Uhr	—
7-15 Uhr Nachm.	—	—
8-12 Uhr Vorm.	8-1 1/4 Uhr	8-12 Uhr
2-6 1/2 Uhr Nachm.	—	—

Calw, den 27. Juni 1921.  
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

**L. = J. = R. 120.**  
 Die Kameraden treffen sich zu einer  
**gemütlichen Zusammenkunft**  
 am Sonntag, den 3. Juli 1921,  
 von nachmittags 2 Uhr ab  
 bei Kamerad David Koller zur „Linde“  
 in Wart, D.-N. Nagold.

**Forstamt Calmbach.**

**Nadelholz-Verkauf**  
 im schriftlichen Aufstreich.  
 Aus sämtlichen Distrikten  
 des Forstbezirks.  
 Forsten: 108 Stämme mit  
 Fm.: 18 II., 21 III., 11 IV.,  
 15 V., 1 VI. Kl. 40 Ab-  
 schnitte mit Fm.: 9 I., 13  
 II., 8 III. Kl. Fm. u. Ta.:  
 Stämme: 1356 St., 1895  
 Ta. mit Fm.: 209 I., 186 II.,  
 274 III., 230 IV., 376 V., 202  
 VI. Kl.; Abschnitte: 4 St.,  
 307 Ta mit Fm.: 61 I., 129  
 II., 55 III. Kl. Die je ein-  
 heitlich auf das ganze Los  
 bedingungslos zu stellenden  
 Angebote müssen unterzeichnet  
 verschlossen und mit der Auf-  
 schrift „Angebot auf Nadel-  
 stammholz“ bis spätestens  
 Donnerstag, den 7. Juli  
 ds. Jz. vormittags 11 Uhr  
 beim Forstamt eingereicht  
 werden, wofolbst zu dieser  
 Stunde deren Eröffnung u.  
 die Entschlieung über den  
 Zuschlag erfolgt. Losvergleich-  
 nisse von der Forstdirektion  
 G. f. D. Stuttgart.

**Text zu Haydn  
 Jahreszeiten**  
 à 1. — erhältlich bei  
 Buchhandlung  
 Ernst Kirchherr.

**Warnung!**  
 Diejenige Person,  
 welche lügenhafte Aus-  
 sagen über mich gemacht  
 hat, möchte ich hiermit  
 gewarnt haben. Anderer-  
 falls, wenn ich noch das  
 geringste erfahren sollte,  
 werde ich dieselbe sofort  
 gerichtlich belangend.  
 Mich. Kentschler, jr.  
 Mühl-, Breitenberg.

Eine gut erhaltene  
**Wäsche-  
 windmaschine**  
 ist billig zu verkaufen.  
 Bad Liebenzell,  
 Schönbergerstr. 261  
 milit. Stock.

Zu verkaufen  
**4-5 Stück  
 weiße Italiener-  
 Hühner**  
 (1920er Brut), legend.  
 Friedrich Schönhardt  
 Sonnenhardt.  
 Altbürg.  
 Junge ans Freisen gewöhnt  
**Milch-  
 Schweine**  
 verkauft am Donnerstag,  
 den 30. Juni 1921, mittags  
 1 Uhr  
 Georg Kentschler, Wirt.

**Bergebung von Bauarbeiten.**

Anlässlich der Aufstellung eines Dieselmotors bringen  
 wir die bei der Verklängerung unserer Maschinenhalle  
 und Erstellung einer Deltankanlage vorkommenden  
**Grab-, Betonier-, Maurer-, Steinhauer-,  
 Eisenbeton-, Zimmer-, Dachdecker-, Gip-  
 ser-, Schreiner-, Glaser-, Bodenbelag-,  
 und Wandbekleidungsarbeiten, sowie die  
 Lieferung von Walzisen**  
 nach dem Preislistenverfahren zur Vergebung. Pläne,  
 Arbeitsbeschriebe und Bedingungen liegen auf unserem Büro  
 zur Einsicht auf.  
 Angebote bezw. ausgefüllte Preislisten sind bis spätestens  
 7. Juli ds. Jz. einzureichen.  
 Station Teinach, den 28. Juni 1921.  
**Gemeindeverband-Elektrizitätswerk  
 Teinach-Station (G. E. L.)**

**Gröne's Hunde-Staube-Essenz**  
 sicheres Heilmittel gegen Staube. — Viele tausende Dank-  
 schreiben. — Zu haben:  
 Neue Apotheke, Th. Hartmann, Calw.

Neubulach, den 28. Juni 1921.

**Dankfagung.**



Für die uns bei dem raschen Hinscheiden meiner lieben Frau, unser lieben Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Katharina Fischer**  
geb. Haarer

bewiesene innige Teilnahme, besonders für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, den erhebenden Gesang des Herrn Lehrers mit seinen Schülern und Frauen, der Gesangsabteilung des Schwarzwalddorfs, den Herren Trägern, für die vielen Blumenpenden und zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu ihrer letzten Ruhestätte sagen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
Karl Fischer m. Kind,  
Familie Fr. Haarer z. Krone.

Empfehle mein Lager in

**neuen Herden und Defen**

Karl Forstbauer, Bad Liebenzell,  
Herb- u. Ofen-Geschäft.

Einen bereits neuen **Wirtschafts-Herd** mit Teleskopwärmer, 160x82 Zentimeter groß, verkauft der Obige.

**Staatliche Klassen-Lotterie**  
Ziehung der 1. Klasse am 12. und 13. Juli 1921

275 000 in 5 Klassen verteilte Gewinne und 4 Prämien über **172 Millionen Mark**  
Höchstgewinn im günstigsten Fall **1 Million 500 000 Mark**

Lospreis für 1 Klasse 10.—, 20.—, 40.—, 80.—  
für alle 5 Klassen 50.—, 100.—, 200.—, 400.—

Ziehungslisten und Porto Mark 5.70 extra

Fernsprecher **Gottwick** Postscheckkonto 3505 u. 10480 Stuttgart 8110

Würtl. Lotterie-Einnehmer.  
Stuttgart, Königsbau.

2 erstklassige, 2 jährige



**Zucht-Farren**

hat mit Garantie zu verkaufen.  
Harter, Enzshof, bei Wildbad.

**Neue Fahrpläne für den Bezirk Calw**

erhältlich das Stück zu 50 Pfennig in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

6 Eimer guten Apfel-  
**M o s t**

hat zu verkaufen.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Holzbrunn.  
Sehe 1 Glnahenne mit 11 Jungen und ein Wurf 5 Wochen alte belgische Niesen dem Verkauf aus.  
Friedrich Zug im Kloster.

Eine rehsfarbige **Ziege** mit 5 Wochen alten **Ziegenlamm** setzt dem Verkauf aus.  
Luz, Renthelm.

Eine schwere **Rug- u. Schaff-Rug** mit dem 3. Kalb setzt dem Verkauf aus.  
Adolf Raich, Calw.

Ich habe **die Preise sämtl. Waren herabgesetzt** und bringe in empfehlende Erinnerung:

**Taschen-, Armband-, moderne Zimmer- und Oecker-Uhren, Gold- u. Silberwaren, Löffel, Trauringe, Brillen, Zwicker, Barometer, Thermometer, Reibzeuge, Taschenlampen, Feuerzeuge, Grammophonplatten und Nadeln.**

Ferner empfehle meine guteingerichtete **Reparatur-Werkstätte.**

Gute Ware. Fachmännische Bedienung.

**K. Zahn, Uhrmachermeister**  
Lederstraße 162.

**„Oberschlesierhilfe“.**

In einem Anfange, der die schlimmsten Vermutungen und Ahnungen übersteigt, sind durch Korsant und seine entfesselten Horden zum dritten Mal Not und Elend über das gequälte Oberschlesien heraufbeschworen worden. In ihrem neuen Unglück blicken die dortigen Schwestern und Brüder hilfesuchend und voll Vertrauen auf ihre deutschen Volksgenossen. Sofort ergreifen die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier allerorts die notwendigen Maßnahmen. Gilt es doch zu sorgen für die Heidenfähne Oberschlesiens, die mit ihrem Blut den geliebten Heimatboden verteidigen, und der durch Plünderung und Brandschatzung dem Hungertode preisgegebenen Bevölkerung, auf den Verwandeten und Kranken durch Liebeswerke zu helfen. Die V. V. h. O. Zentrale Württemberg wird auf schnellstem Wege die Spenden an die hartbedrängten Oberschlesier weiterleiten. Die Anteilnahme, die die reichsdeutsche Bevölkerung durch ihre Spenden beweist, zeigt den Oberschlesischen Volksgenossen, daß sie doch nicht aller Hilfe bar sind. Mühe der Opferinn auch in unserem Bezirk sich der Treue der Oberschlesier gegen das deutsche Vaterland würdig erweisen und nicht erlahmen.

**Doppelt gibt, wer rasch gibt!**

Spenden für die „Oberschlesierhilfe“ nehmen in Calw entgegen:

Stadtpflege Calw.  
Oberamtsparokasie Calw.  
Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe.  
Spar- und Vorschußbank.  
Württembergische Sparkasse, Agentur Calw.  
Heinrich Rühle, Garnhandlung.  
Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes.

Das **„Calwer Tagblatt“**

seht seine Bemühungen, an dem nationalen Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, unermüdet und unentwegt fort, indem es versucht, durch eine unparteiische Berichterstattung und Stellungnahme zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen die gesellschaftlichen und sozialen Gegensätze so viel wie möglich zu überbrücken, zum mindesten aber ihrer Verschärfung nicht Vorschub zu leisten. Auf dem Gebiete der **Russenpolitik** betont es den streng nationalen Standpunkt der inneren Geschlossenheit und schärfster Kampfstellung gegenüber den offen oder versteckt fortwährenden Bestrebungen unserer Feinde durch Vernichtung unseres Wirtschaftslebens auch unsere nationale Existenz zu untergraben.

Neben einer zuverlässigen, raschen, übersichtlichen und klaren Berichterstattung über alle inner- und ausserpolitischen Ereignisse und Stimmungen läßt sich das „Calwer Tagblatt“ auch eine eingehende Unterrichtung seines Leserkreises über die sonstigen wissenschaftlichen Vorkommnisse auf allen Gebieten anlegen sein. Namentlich widmet es seine Aufmerksamkeit auch den Verhältnissen unserer engeren Heimat und ganz besonders den Stadt und Bezirk interessierenden Fragen, über die die Bevölkerung stets unterrichtet wird. Auch der unterhaltende Teil der Zeitung ist durch wertvolle Beiträge bekannter Schriftsteller gut ausgestattet. So ist das „Calwer Tagblatt“ bestrebt, allen gerechtfertigten Ansprüchen seines Leserkreises zu genügen, es hofft daher auch auf weitere Unterstützung seiner Bestrebungen.

**Verlag und Schriftleitung.**

Um Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden, versäume man nicht die auf 1. Juli fällige Bezugsverneuerung.

**Kirchen - Gesangverein Calw**

**„Die Jahreszeiten“**  
Oratorium von J. Haydn

am Sonntag, den 3. Juli, nachmitt. 4 Uhr  
im Badischen Hof in Calw

Unter Mitwirkung von  
Frau Elisabeth Pieper hier (Sopran),  
Konzertsänger Herm. Ackermann-  
Stuttgart (Tenor), Konzertsänger  
Fr. Haas-Stuttgart (Bass), Kammer-  
virtuos E. Uhlig-Stuttgart (Kontrabass)  
und des durch auswärtige Musik-  
freunde verstärkten Vereinsorchesters.  
**Leitung: Hauptlehrer Aichele.**

Karten nur im Vorverkauf in der Buchhandlung Kirchherr zu Mk. 7.—, 5.60 u. 3.30 einschl. Steuer. Mitglieder erhalten auf 1. u. 2. Platz je 1 Mk. Preisermäßigung.

**Wiederholung**  
Montag, 4. Juli, abends 7 Uhr  
im „Badischen Hof“ in Calw

**Achtung! Achtung!**

Wo gehen wir hin am  
**Mittwoch, Samstag und Sonntag?**

Zu der **Original-Sicherheits-Schaukel** auf dem Brühl in Calw.

Zu zahlreichen Besuch tabel ein der Besitzer.

**Mark 2000. — pro Monat**

und mehr durch hohe Provision und baren monatlichen Zuschuß

erhalten rührige, angesehene Herren denen daran liegt, sich eine **gute Existenz** zu gründen, durch den Vertrieb eines bestens eingeführten und begutachteten Artikels.

Erforderliches Kapital Mk. 3000.—  
Reflektanten erfahren Näheres unter S. R. 3506 durch Rudolf Woffe, Stuttgart.

Tüchtiger **Gipfer**

kann sofort eintreten bei **Matth. Fahnacht, Gipfermeister, Ekingen bei Leonberg.**

**Schreiner**

für allgem. Hausreparaturen für dauernd ge sucht. **Schwarzwaldbheim Echingen, Station Liebenzell.**

**30—45 Mk. täglich**

Nebenerdienst, nachweislich bei nur 2—3 Stunden Täglichkeit Prospekt No. 990 gratis.  
P. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Ein tüchtiger **Bäcker**

kann sofort eintreten.  
**Eugen Stob, Hirau.**

Vertreter gesucht.  
Hohen Verdienst bringt der Verkauf meiner Schürfenapparate für Häckselmaschinen u. Senfen. Letzterer erzieht das Dazwischen der Senfen. Große Massenartikel. Jeder Landwirt kauft. Muster franko Nachnahme, Rückgabe gestattet. **M. Straßer, Erfurt.**

**Landwirte!**

Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spez. Krampf u. Rotlauf, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht **einzig und allein die neue Hirsch-Universal-Komposition.**

Niederlage in der **Neuen Apotheke Calw.**

**Zur a**

**Herw gegen die**

Paris, 29. Juni.

attitel der „Victoire“ k

Niedrigstpreis der Zute

einen neuen Bewe

Barum, fragt er, verfe

ist gegenüber der neu

sen Tendenzen darau

die alte reaktionäre M

gen? Er fürchtet, den

die politische Unerfahre

ihrem Haß gegen Deut

bet, die Räumung der

der Zolllinie als einen

demokratischen Tendenz

Wenn ja, so habe man

tionen aufrecht zu er

haben, verschwunden si

**Der**

**über den Wier**

Auf dem Londoner

sammen, auf dessen

Reparation, insbeson

Gebiete in Frankreich

liche Vorstänger Wi

die Vorurteile und

werden dürfte. Er

Polierung Deutschlands

daß bei der gegenwärt

gend einer Nation vo

dem Kongress nicht ei

den kann. Eine dera

teidigt werden, wenn

schloß habe Vorteil da

oder für lange Zeit r

sen wird. Die von D

ur in Arbeit oder in

aus folgt mit der g

Deutschland eine groß

man entschließen müß

erleichtern, der die

**Die deutsc**

Paris, 29. Juni.

ein Communiqué über

Zahlungen. Die deu

tionskommission eine

ner geleistet. Die

klaffen sich mithin

plammen 244 376 600

**Der unerfüllt**

Wien, 29. Juni.

wurde in der gestrige

sen Volkspartei ein

ber erklärt wird, Deise

frühen, bis der Augen

als armes so hoch als

faat einzutreten.

**Der ge**

Paris, 30. Juni.

nepel vom 28. Juni h

am 27. Juni geräumt,

Santhapel haben. Die

lingen angefüllt. Die

Dampfer für den Tran

schlagnahm. Ein Ung

nepel ausgeschifft word

London, 30. Juni.

die Lage auf der 38

Streitkräfte hätten die

stehet jetzt in Flammen

Jahresliche Krenier an

Die britischen Interes

nicht in Gefahr.

**Die angebl**

Kopenhagen, 29. Zu

war die Stimmung au

Weslau äußert matt.

letztmal eine offensive

berfugung in der So